

Gelet op de door de Executieve na de beraadslaging van 15 januari 1990 genomen beslissing;  
Op de voordracht van de Minister van Onderwijs, Vorming, Sport, Toerisme en Internationale Betrekkingen,

Besluit :

**Enig artikel.** In artikel 3 van het besluit van de Executieve van 6 maart 1989 tot vaststelling van de vergoedingen en het presentiegeld, toe te kennen aan de Voorzitter en de leden van het Beheerscomité van de Gemeenschaps- en Gewestdienst voor beroepsopleiding en arbeidsbemiddeling (FOREM), worden de woorden « De bedragen vermeld in de artikelen 1 en 2 worden aangepast aan de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen volgens het stelsel dat van toepassing is op het personeel van de Dienst. Deze bedragen stemmen overeen met de spilindex 135,3. » geschrapt.

Brussel, 19 januari 1990.

Vanwege de Executieve van de Franse Gemeenschap,  
De Minister van Onderwijs, Vorming, Sport,  
Toerisme en Internationale Betrekkingen,  
J.-P. GRAFE

## DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

### DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

D 90 — 2819

**19. JUNI 1990. — Dekret zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Exekutive, sanktionieren es :

#### KAPITEL I. — Allgemeine Bestimmungen

**Artikel 1.** Es wird eine « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » geschaffen. Die Dienststelle genießt die Rechtspersönlichkeit und gehört zu den Einrichtungen der Kategorie B, die in Artikel 1 des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle gewisser gemeinnütziger Einrichtungen aufgeführt sind.

Die Exekutive bestimmt den Sitz der Dienststelle innerhalb des Gebietes deutscher Sprache.

**Art. 2.** Die Bestimmungen des vorliegenden Dekretes sind anwendbar auf :

1. Personen mit einer Behinderung, die bei der Dienststelle eingeschrieben sind;
2. Antragsteller für die besondere soziale Fürsorge.

**Art. 3.** Für die Anwendung dieses Dekretes versteht man unter :

1. einer Behinderung : jede Beeinträchtigung der sozialen und beruflichen Integration aufgrund einer Einschränkung der geistigen, körperlichen oder sensorischen Fähigkeiten;
2. der besonderen sozialen Fürsorge : eine Beihilfe für mittellose, schwerkranke Personen;
3. der Dienststelle : der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge.

#### KAPITEL II. — Aufgaben der Dienststelle

**Art. 4. § 1.** Was die Personen mit einer Behinderung anbetrifft, so bestehen die Aufgaben der Dienststelle darin :

1. die Einschreibung der Personen mit einer Behinderung, die einen Antrag stellen, vorzunehmen und dafür zu sorgen, daß ein individuelles Hilfs- und Betreuungsprogramm erstellt wird, das die spezifischen Bedürfnisse dieser Personen berücksichtigt;
2. die Beratung, Orientierung und Begleitung der Personen mit einer Behinderung und ihrer Angehörigen im Hinblick auf eine größtmögliche Integration in das Arbeitsleben sowie in alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu fördern;
3. den Personen mit einer Behinderung, ihrer Familien und denjenigen, die sie betreuen, die ihrer Behinderung angemessenen Hilfe- und Anpassungsmaßnahmen zu verschaffen und dafür zu sorgen, daß ihnen die vorgesehenen Beihilfen gewährt werden;
4. die Frühhilfe für behinderte Kleinkinder und ihre Familien zu gewährleisten. Die Aufnahme, die medizinische und sozialpädagogische Betreuung, die Erziehung, die Unterbringung, die berufliche Ausbildung, die Rehabilitation, die Umschulung und die Beschäftigung von Personen mit einer Behinderung zu gewährleisten;
5. Zuschüsse für den Ankauf, Bau, Um- und Ausbau, die Ausrüstung sowie den Unterhalt von Einrichtungen für Personen mit einer Behinderung zu gewähren;
6. die Information über Vermeidung, Erkennung und Diagnose von Behinderungen sowie über die Auswirkungen auf die Lebensgestaltung der betroffenen Personen und ihrer Angehörigen zu fördern;
7. Dokumentation und Information zu verbreiten, Studien und Untersuchungen durchzuführen oder durchführen zu lassen sowie die Fort- und Weiterbildung für die in diesem Bereich tätigen Personen zu fördern;
8. alle Aufträge auszuführen, die die Exekutive der Dienststelle im Rahmen seiner Aufgaben anvertraut.

§ 2. Was die besondere soziale Fürsorge anbetrifft, so besteht die Aufgabe der Dienststelle darin, folgenden Personen zu helfen, wenn sie mittellos sind:

1. psychisch kranken Personen, die in einem psychiatrischen Dienst, in einem Pflegeheim oder ambulant betreut werden;

2. Personen, die an einer durch Tuberkulose oder Krebs hervorgerufenen Erkrankung leiden.

Auf Vorschlag des Verwaltungsrates kann die Exekutive die Anwendung von Absatz 1 auf Personen, die an einer anderen schweren Krankheit leiden, ausdehnen.

Art. 5. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben beachtet die Dienststelle die ideologischen, philosophischen oder religiösen Überzeugungen sowie die Entscheidungsfreiheit der Personen und Vereinigungen, an die sie sich richtet.

### KAPITEL III. — Verwaltungsgremium und Personal

#### Abschnitt 1. — Verwaltungsrat

Art. 6. Der Verwaltungsrat der Dienststelle setzt sich zusammen aus :

1. einem Vorsitzenden;

2. drei Vertretern von Vereinigungen, die die Personen mit einer Behinderung vertreten und deren Tätigkeit sich auf das gesamte Gebiet deutscher Sprache ausdehnt;

3. einem Vertreter der Elternverbände von Personen mit einer Behinderung, die ihre Tätigkeit im gesamten Gebiet deutscher Sprache ausüben;

4. drei Vertretern der von der Dienststelle anerkannten Beschützenden Werkstätten sowie einem Vertreter der von der Dienststelle anerkannten Vereinigungen, die sich mit der beruflichen Integration von Personen mit einer Behinderung außerhalb der Beschützenden Werkstätten beschäftigen;

5. vier Vertretern der von der Dienststelle anerkannten Vereinigungen, die eine Unterbringung von Personen mit einer Behinderung gewährleisten, davon einer aus dem Norden und einer aus dem Süden des Gebietes deutscher Sprache;

7. einem Vertreter der Dienststelle, der die Frühhilfe für behinderte Kleinkinder und ihre Familien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährleistet;

8. einem verantwortlichen Facharzt der psychiatrischen Dienste in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

9. einem Vertreter der anerkannten psycho-medizinisch-sozialen Zentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

10. je einem Vertreter der Universität der Französischen Gemeinschaft in Lüttich und der « Katholieke Universiteit » in Löwen;

11. einem Vertreter pro repräsentativer Arbeitnehmerorganisation;

12. zwei Vertretern der Arbeitgeberorganisationen.

Art. 7. Die Exekutive ernennt den Vorsitzenden und die Mitglieder des Verwaltungsrates. Zu diesem Zweck schlägt jede in Artikel 6 erwähnten Vereinigung, Einrichtung oder Dienst oder jede Gruppierung von Vereinigungen, Einrichtungen oder Diensten zwei Kandidaten vor.

Der Vorsitzende :

1. muß Belgier sein;

2. muß seinen Wohnsitz im Gebiet deutscher Sprache haben und über eine gründliche Kenntnis der deutschen Sprache verfügen.

Art. 8. Der Vorsitzende und die Mitglieder des Verwaltungsrates werden für fünf Jahre ernannt. Das Mandat kann erneuert werden. Ein Mitglied, das vor Ablauf seines Mandates aus dem Verwaltungsrat ausscheidet, wird innerhalb von drei Monaten ersetzt. Das neue Mitglied wird von der Vereinigung oder von dem Dienst vorgeschlagen, die seinen Vorgänger vorgeschlagen haben, und beendet das Mandat seines Vorgängers.

Art. 9. § 1. Aus eigener Initiative oder auf Anfrage der Exekutive oder des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder einer untergeordneten Behörde gibt der Verwaltungsrat Gutachten und Empfehlungen ab über Angelegenheiten der sozialen und beruflichen Integration von Personen mit einer Behinderung sowie der besonderen sozialen Fürsorge.

§ 2. Der Verwaltungsrat übt die Befugnisse eines Hohen Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die soziale und berufliche Integration von Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge aus.

§ 3. Über jeden Entwurf eines Dekretes oder eines Erlasses bezüglich der Aufgaben der Dienststelle holt die Exekutive das Gutachten des Verwaltungsrates ein.

Der Verwaltungsrat ist verpflichtet, sein Gutachten innerhalb von zwei Monaten nach Antragstellung abzugeben, außer wenn eine andere Frist vereinbart wurde.

§ 4. Um seine Aufgaben wahrnehmen zu können, kann die Dienststelle auf Fachleute aus dem In- und Ausland zurückgreifen.

Art. 10. Der Verwaltungsrat stellt seine Geschäftsordnung auf. Er legt sie der Exekutive zur Genehmigung vor.

Art. 11. Der Verwaltungsrat kann bei der Exekutive beantragen, daß Mitglieder der Dienststelle der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft an den Sitzungen teilnehmen.

Art. 12. Die Exekutive legt den Betrag der Entschädigungen fest, die dem Vorsitzenden, den Mitgliedern des Verwaltungsrates sowie den Fachleuten gewährt werden.

#### Abschnitt 2. — Personal

Art. 13. Die Exekutive legt den Status des Direktors der Dienststelle fest.

Die Exekutive ernennt den Direktor der Dienststelle.

Art. 14. Der Direktor führt die Beschlüsse des Verwaltungsrates aus. Er leitet das Personal und sorgt für die tägliche Verwaltung der Dienststelle. Der Direktor gibt dem Verwaltungsrat alle Auskünfte und unterbreitet ihm alle Vorschläge, die für das Funktionieren der Dienststelle von Nutzen sind.

Er bereitet die Versammlungen des Verwaltungsrates vor und nimmt mit beratender Stimme daran teil.

Bei begründeter Dringlichkeit und innerhalb der durch die Geschäftsordnung festgelegten Grenzen übt der Direktor die Befugnisse des Verwaltungsrates aus. Er erstattet darüber dem Verwaltungsrat bei dessen nächstfolgender Sitzung Bericht. Werden die Beschlüsse nicht vom Verwaltungsrat bestätigt, so verlieren sie sofort ihre Wirksamkeit.

**Art. 15.** Der Verwaltungsrat kann sowohl als klagende wie als beklagte Partei gerichtlich vorgehen. Der Direktor vertritt die Dienststelle in gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten. Mit Einverständnis des Verwaltungsrates kann er einem Mitglied des Personals seine Befugnisse übertragen.

**Art. 16.** Den Stellenplan für das Personal der Dienststelle legt die Exekutive fest. Mit Ausnahme des Direktors werden die Personalmitglieder vom Verwaltungsrat der Dienststelle ernannt, befördert und entlassen.

**Art. 17.** Bis zu dem Zeitpunkt, wo die Exekutive einen anderen Status festlegt, finden der Königliche Erlaß vom 8. Januar 1973 zur Festlegung des Status des Personals gewisser gemeinnütziger Einrichtungen und der Königliche Erlaß vom 8. Januar 1973 zur Festlegung des Besoldungsstatus des Personals gewisser gemeinnütziger Einrichtungen Anwendung auf die Personalmitglieder der Dienststelle, einschließlich des Direktors.

Sie unterliegen ebenfalls dem Gesetz vom 28. April 1958 über die Pension der Mitglieder des Personals gewisser gemeinnütziger Einrichtungen und ihrer Rechtsnachfolger.

#### KAPITEL IV. — Anspruchsberechtigte und Berufung

##### Abschnitt 1. — Personen mit einer Behinderung

**Art. 18. § 1.** Um bei der Dienststelle eingeschrieben werden zu können, muß eine Person mit einer Behinderung:

1. ihren Wohnsitz im Gebiet deutscher Sprache haben;
2. die belgische Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen oder seit mindestens 5 Jahren ohne Unterbrechung in Belgien wohnen oder aber einen Aufenthalt von insgesamt 10 Jahren in Belgien geltend machen können;
3. am Tage des Antrags weniger als 65 Jahre alt sein.

Nicht eingeschrieben werden Personen mit einer Behinderung, die bereits Hilfe des entsprechenden Dienstes der Französischen Gemeinschaft, der Flämischen Gemeinschaft oder der Region Brüssel-Hauptstadt erhalten.

§ 2. Auf Vorschlag des Verwaltungsrates legt die Exekutive das Einschreibungsverfahren fest.

**Art. 19.** Unter den von ihr festgelegten Bedingungen kann die Exekutive die Anwendung dieses Dekretes auf Personen mit einer Behinderung ausdehnen, die die Bedingungen von Artikel 18, § 1, Nr. 2 nicht erfüllen, sowie auf Staatenlose und anerkannte Flüchtlinge.

**Art. 20. § 1.** Auf Vorschlag des Verwaltungsrates schafft die Exekutive einen Prüfungsausschuß, dessen Aufgaben darin bestehen:

1. ein Gutachten abzugeben über alle Anträge auf Einschreibung von Personen mit einer Behinderung;
2. ein individuelles Hilfs- und Betreuungsprogramm der für die soziale und berufliche Integration von Personen mit einer Behinderung erforderlichen Maßnahmen aufzustellen.

Der Prüfungsausschuß besteht aus:

1. dem Direktor der Dienststelle, der den Vorsitz übernimmt;
2. zwei Mitgliedern des Verwaltungsrates, die von der Exekutive bestimmt werden;
3. zwei Fachleuten im Bereich der sozialen und beruflichen Integration von Personen mit einer Behinderung, die auf Vorschlag des Verwaltungsrates von der Exekutive benannt werden.

§ 2. Die Anträge auf Einschreibung werden per Einschreiben bei der Dienststelle eingereicht und dem Prüfungsausschuß unmittelbar übermittelt.

§ 3. Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann der Prüfungsausschuß bei außenstehenden Fachleuten und bei Beratungs- und Untersuchungszentren Gutachten beantragen.

§ 4. Die Exekutive legt den Betrag der Vergütungen fest, die den Mitgliedern des Prüfungsausschusses, den Fachleuten sowie den Beratungs- und Untersuchungszentren gewährt werden.

**Art. 21.** Die Entscheidung über den Antrag auf Einschreibung, über die gewährten Hilfen, sowie über das für die soziale und berufliche Integration der Person mit einer Behinderung aufgestellte, individuelle Hilfs- und Betreuungsprogramm wird auf der Grundlage des Gutachtens des Prüfungsausschusses vom Verwaltungsrat getroffen.

Die Entscheidung wird dem Antragsteller per Einschreiben innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Antrages übermittelt.

**Art. 22.** Die Dienststelle kann ihre Entscheidung revidieren, falls Änderungen in der Lage der Personen mit einer Behinderung eingetreten sind.

Die Exekutive bestimmt das Revisionsverfahren.

##### Abschnitt 2. — Besondere soziale Fürsorge

**Art. 23.** Die Dienststelle kann den in Artikel 4, § 2, bezeichneten Personen, die aufgrund ungenügender Einkünfte nicht in der Lage sind, für ihren Unterhalt in Anbetracht der Kosten für die Pflege und die Behandlung ihrer Krankheit aufzukommen, eine Beihilfe gewähren.

Auf Vorschlag des Verwaltungsrates legt die Exekutive die Kriterien zur Beurteilung der Bedürftigkeit sowie den Betrag der Beihilfe für die Personen fest, auf die sich Artikel 4, § 2, bezieht.

**Art. 24. § 1.** Die Anträge auf besondere Fürsorge werden vom Antragsteller oder seinem Vertreter per Einschreiben beim zuständigen Öffentlichen Sozialhilfzentrum eingereicht. Das zuständige Öffentliche Sozialhilfzentrum ist ebenfalls berechtigt, den Antrag einzureichen. Dem Antrag sind eine ärztliche Bescheinigung und Beweisunterlagen bezüglich der Bedürftigkeit des Kranken beizufügen, damit das Öffentliche Sozialhilfzentrum ein begründetes Gutachten über die Zweckmäßigkeit und die Höhe der finanziellen Beihilfe der Dienststelle abgeben kann. Dieses Gutachten kann sich gegebenenfalls auf eine Sozialuntersuchung stützen.

§ 2. Die vom zuständigen Öffentlichen Sozialhilfzentrum zusammengestellte Akte wird der Dienststelle übermittelt und von ihr geprüft. Die Entscheidung wird vom Verwaltungsrat der Dienststelle getroffen und dem Antragsteller sowie dem Öffentlichen Sozialhilfzentrum per Einschreiben übermittelt.

§ 3. Die Kosten, die mehr als dreißig Tage vor Einreichung des Antrags beim zuständigen Öffentlichen Sozialhilfzentrum ausgelegt wurden, werden nicht übernommen.

§ 4. Jede Veränderung des Gesundheitszustandes oder der Vermögensverhältnisse des Bezugsberechtigten, dem eine besondere Fürsorge gewährt wurde, erfordert eine Zusatzerklärung des Antragstellers. Diese Erklärung wird entsprechend dem für den Ursprungsantrag vorgesehenen Verfahren eingereicht und geprüft.

**Art. 25.** Jede Unterstützung im Rahmen der besonderen sozialen Fürsorge, die auf der Grundlage von Beurteilungsfaktoren gewährt oder aufrechterhalten wurde, die sich als betrügerisch, falsch oder unvollständig erwiesen haben, kann Anlaß zu einer Bereicherungsklage entweder gegen den Bezugsberechtigten oder seine Erben oder Vermächtnisnehmer geben, außer wenn die unkorrekte Beurteilung der Verwaltung anzulasten ist.

**Art. 26.** Jede Unterstützung im Rahmen der besonderen sozialen Fürsorge zugunsten eines Bezugsberechtigten, der auf bewegliche oder unbewegliche Güter verzichtet, kann gegen die Erben oder Vermächtnisnehmer Anlaß geben zu einer Klage auf Beitreibung der gesamten Fürsorgekosten oder eines Teils derselben, die innerhalb der letzten fünf Jahre vor dem Tode gewährt wurden, dies jedoch nur in Höhe der Aktiva der Erbschaft.

Zur Beitreibung dieser Forderungen kann die Dienststelle eine gesetzliche Hypothek auf die Immobilien, die dem Bezugsberechtigten ganz oder teilweise gehören oder von seiner Erbschaft abhängen, nehmen.

Diese Hypothek ist erst ab dem Datum ihrer Eintragung wirksam.

Sie kann jederzeit, zu Lebzeiten oder nach dem Tod des Bezugsberechtigten, auf Ersuchen des Direktors der Dienststelle gemäß den in Artikel 83 des Hypothekengesetzes vom 16. Dezember 1851 vorgesehenen Formen erfolgen.

**Art. 27.** Die sich auf Artikel 25 und 26 beziehenden Klagen sind nach zwei Jahren ab dem Tag, an dem die Dienststelle über den Tod des Bezugsberechtigten unterrichtet wurde oder Kenntnis erhielt von der betrügerischen, falschen oder unvollständigen Art der Beurteilungsfaktoren, durch die die Gewährung oder die Aufrechterhaltung seiner Unterstützung begründet wurde, verjährt.

#### *Abschnitt 3. — Berufung*

**Art. 28.** Die Exekutive schafft einen Berufungsausschuß, dessen Aufgaben darin bestehen, über den Einspruch gegen die in Artikel 24 vorgesehenen Entscheidungen des Verwaltungsrates über die besondere soziale Fürsorge zu befinden.

**Art. 29.** Der Antragsteller oder sein Vertreter kann innerhalb von 30 Tagen nach Mitteilung der Entscheidung des Verwaltungsrates per Einschreiben beim Berufungsausschuß Einspruch erheben.

Die Person, die Einspruch erhebt, kann sich vor dem Berufungsausschuß durch eine Person ihrer Wahl vertreten lassen.

Der Berufungsausschuß faßt einen Entschluß innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchsschreibens.

Die Entscheidung wird dem Antragsteller oder seinem Vertreter per Einschreiben übermittelt.

#### *KAPITEL V. — Anerkennung und Bezuschussung von Einrichtungen für Personen mit einer Behinderung*

**Art. 30.** Jede Einrichtung oder Vereinigung im Gebiet deutscher Sprache, deren Aufgabe darin besteht, eine regelmäßige Dienstleistung oder Hilfe für Personen mit einer Behinderung im Rahmen des vorliegenden Dekretes zu gewährleisten, muß von der Dienststelle anerkannt sein.

**Art. 31.** Auf Vorschlag des Verwaltungsrates legt die Exekutive die Bedingungen für die in Artikel 30 vorgesehene Anerkennung fest.

Die Exekutive bestimmt das Verfahren, nach dem die Anerkennung gewährt, verweigert, ausgesetzt oder entzogen wird.

Die Exekutive bestimmt ebenfalls die Dauer der Anerkennung, die mindestens ein Jahr und höchstens zehn Jahre betragen darf.

**Art. 32.** Auf Vorschlag des Verwaltungsrates legt die Exekutive fest, nach welchen Modalitäten die Dienststelle der Vereinigungen und Einrichtungen für Personen mit einer Behinderung Zuschüsse gewährt, und bestimmt den Betrag der Eigenbeteiligung zu Lasten der Personen mit einer Behinderung.

Um bezuschußt werden zu können, muß die Vereinigung oder Einrichtung für Personen mit einer Behinderung von der Dienststelle anerkannt und als Vereinigung ohne Erwerbszweck gegründet worden sein oder von einer untergeordneten Behörde abhängig sein.

Die Exekutive legt die Pflichten fest, die die Dienststelle von den bezuschußten Vereinigungen und Einrichtungen verlangen kann.

#### *KAPITEL VI. — Finanzierung und Aufsicht*

##### *Abschnitt 1. — Finanzierung*

**Art. 33.** Die Dienststelle verfügt über folgende Mittel :

1. die im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft entsprechend vorgesehenen Mittel;
2. die Zuschüsse von Behörden, öffentlichen Verwaltungen und internationalen Einrichtungen;
3. Schenkungen und Vermächtnisse;
4. Erträge aus Vermögensanlagen;
5. eigene Mittel.

##### *Abschnitt 2. — Aufsicht*

**Art. 34.** Die Exekutive bezeichnet die Beamten, die mit der Beaufsichtigung der Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Dekretes und dessen Ausführungsbestimmungen beauftragt werden.

#### *KAPITEL VII. — Übergangs- und Schlußbestimmungen*

**Art. 35.** Die Bestimmungen des Dekretes vom 19. Februar 1990 zur Schaffung eines Baufonds für Krankenhäuser und sozio-medizinische Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind nicht anwendbar auf die im Rahmen des vorliegenden Dekretes anerkannten Einrichtungen.

Die vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes erteilten definitiven Bezuschussungszusagen an Einrichtungen für Personen mit einer Behinderung bleiben gültig.

**Art. 36.** Sobald der König die Ausführungsbestimmungen zur Übertragung des Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten erlassen hat, werden die Güter, das Personal, die Rechte und die Pflichten, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft zukommen, von der Dienststelle übernommen.

**Art. 37.** Beim Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes stellt die Exekutive eine Liste der Rechte und Pflichten, die die Dienststelle übernimmt, zusammen.

**Art. 38.** Die Mittel, die im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die in Artikel 4 des vorliegenden Dekretes festgelegten Aufgaben eingetragen sind, werden der Dienststelle übertragen.

**Art. 39.** In Artikel 2 des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle gewisser gemeinnütziger Einrichtungen wird die Wortfolge « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » an entsprechender Stelle in alphabetischer Reihenfolge eingefügt.

**Art. 40.** Werden für die Deutschsprachige Gemeinschaft aufgehoben :

1. das Gesetz vom 27. Juni 1956 über den besonderen Fürsorgefonds;
2. der Königliche Erlaß Nr. 81 von 10. November 1967 zur Schaffung eines Fonds für die medizinische und sozialpädagogische Betreuung von Behinderten.

**Art. 41.** In Abweichung von Artikel 8 des vorliegenden Dekretes endet das Mandat der Mitglieder des ersten Verwaltungsrates am 31. Dezember 1995.

**Art. 42.** Das vorliegende Dekret tritt am Tage seiner Veröffentlichung im *belgischen Staatsblatt* in Kraft, mit Ausnahme der Bestimmungen bezüglich der Aufgaben, die durch das Gesetz vom 16. April 1983 über die soziale Wiedereingliederung von Behinderten vorgesehen sind; diese treten am Tage der Übertragung der Güter, des Personals, der Rechte und der Pflichten des Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten an die Deutschsprachige Gemeinschaft in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 19. Juni 1990.

Vorsitzender der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft, .

J. MARAITE

Gemeinschaftsminister für Unterricht, Ausbildung, kulturelle Animation und Medien,

B. FAGNOUL

Gemeinschaftsminister für Jugen, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,

M. GROSCH

-----  
TRADUCTION

-----  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE  
-----

F 90 — 2819

**19 JUIN 1990. — Décret portant création d'un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale)**

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Exécutif, sanctionnons ce qui suit :

**CHAPITRE Ier. — Dispositions générales**

**Article 1<sup>er</sup>.** Il est créé un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale). L'office est doté de la personnalité civile et fait partie des établissements de la catégorie B repris à l'article 1er de la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public.

**Art. 2.** Bénéficient des dispositions du présent décret :

- 1<sup>o</sup> les personnes handicapées qui sont inscrites auprès de l'Office;
- 2<sup>o</sup> les demandeurs d'assistance sociale spéciale.

**Art. 3.** Pour l'application du présent décret, on entend par :

- 1<sup>o</sup> le handicap : toute atteinte à l'intégration sociale et professionnelle due à une réduction des facultés mentales, physiques ou sensorielles;
- 2<sup>o</sup> l'assistance sociale spéciale : une allocation pour des personnes gravement malades et nécessiteuses;
- 3<sup>o</sup> l'Office : l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale.

**CHAPITRE II. — Des missions de l'Office**

**Art. 4. § 1<sup>er</sup>.** En ce qui concerne les personnes handicapées, les missions de l'Office sont les suivantes :

- 1<sup>o</sup> procéder à l'inscription des personnes handicapées qui introduisent une demande et veiller à ce qu'un programme individuel d'aide et d'encadrement soit établi, tenant compte des besoins spécifiques de ces personnes;
- 2<sup>o</sup> promouvoir la consultation, l'orientation et l'accompagnement des personnes handicapées et de leurs proches en vue d'une intégration maximale dans la vie professionnelle ainsi qu'à tous les autres niveaux de la vie sociale;
- 3<sup>o</sup> offrir aux personnes handicapées, à leurs familles et à ceux qui les entourent des mesures d'assistance et d'adaptation appropriées à leur handicap et veiller à ce que les allocations prévues leur soient accordées;
- 4<sup>o</sup> assurer l'aide précoce aux enfants handicapés en bas âge et à leurs familles; assurer également l'accueil, l'encadrement médico-socio-pédagogique, l'éducation, le logement, la formation professionnelle, la réadaptation fonctionnelle, la rééducation professionnelle et l'occupation des personnes handicapées;
- 5<sup>o</sup> accorder des subsides destinés à l'achat, la construction, la transformation, la transformation, l'agrandissement, l'équipement ainsi que l'entretien d'établissements pour personnes handicapées;
- 6<sup>o</sup> promouvoir l'information relative à la prévention, au dépistage et au diagnostic de handicaps ainsi que celle relative aux répercussions sur le mode de vie des personnes concernées et de leurs proches;
- 7<sup>o</sup> diffuser de la documentation et de l'information, procéder ou faire procéder à des études et recherches ainsi que promouvoir l'éducation permanente et la formation continue des personnes travaillant dans ce domaine;
- 8<sup>o</sup> remplir toutes les tâches que l'Exécutif confie à l'Office dans le cadre de ses missions.

§ 2. En ce qui concerne l'assistance sociale spéciale, les missions de l'Office consistent à aider les personnes suivantes lorsqu'elles sont nécessiteuses :

1° les malades psychiques soignés dans un service psychiatrique, une maison de soins ou en traitement ambulatoire;

2° les personnes atteintes d'une affection d'origine tuberculeuse ou cancéreuse.

§ 3. Sur proposition du conseil d'administration, l'Exécutif peut étendre le bénéfice de l'alinéa 1er aux personnes atteintes d'autres maladies graves.

Art. 5. Dans l'exercice de ses missions l'Office respecte les convictions idéologiques, philosophiques ou religieuses ainsi que le libre choix des personnes et associations auxquelles il s'adresse.

### CHAPITRE III. — *Gestion et personnel*

#### Section 1re. — Le Conseil d'administration

Art. 6. Le Conseil d'administration de l'Office est composé :

1° d'un président;

2° de trois représentants d'associations qui représentent les personnes handicapées et dont les activités s'étendent à toute la région de langue allemande;

3° d'un représentant des associations de parents de personnes handicapées dont les activités s'étendent à toute la région de langue allemande;

4° de trois représentants des ateliers protégés reconnue par l'Office ainsi que d'un représentant des associations reconnues par l'Office et qui s'occupent de l'intégration professionnelle des personnes handicapées en dehors des ateliers protégés;

5° de quatre représentants de centres de jour pour personnes handicapées reconnus par l'Office, dont deux proviennent du nord et deux du sud de la région de langue allemande;

6° de deux représentants d'associations reconnues par l'Office et qui assurent l'hébergement de personnes handicapées, dont un provient du nord et un du sud de la région de langue allemande;

7° d'un représentant du service qui, en Communauté germanophone, assure l'aide précoce aux jeunes enfants handicapés et à leurs familles;

8° d'un médecin spécialiste responsable des services psychiatriques de la Communauté germanophone;

9° d'un représentant des centres psycho-médico-sociaux reconnus par la Communauté germanophone;

10° d'un représentant de l'université de la Communauté française à Liège et de la « Katholieke Universiteit » à Louvain;

11° d'un représentant par organisation syndicale représentative;

12° de deux représentants des organisations patronales.

Art. 7. L'Exécutif nomme le président et les membres du Conseil d'administration. A cette fin, chaque association, établissement ou service ou chaque groupement d'associations, d'établissements ou de services repris à l'article 6 propose deux candidats.

Le président :

1. doit être belge;

2. doit être domicilié en région de langue allemande et avoir une connaissance approfondie de la langue allemande.

Art. 8. Le président et les membres du Conseil d'administration sont nommés pour une durée de cinq ans. Le mandat peut être renouvelé. Il est pourvu dans les trois mois au remplacement de tout membre qui a cessé de faire partie du Conseil d'administration avant la date normale d'expiration de son mandat. Le nouveau membre est proposé par l'association ou le service ayant proposé son prédécesseur et achève le mandat de celui-ci.

Art. 9. § 1<sup>er</sup>. De sa propre initiative ou à la demande de l'Exécutif ou du Conseil de la Communauté germanophone ou encore d'un pouvoir subordonné, le Conseil d'administration émet un avis et des recommandations relatifs à toutes les matières de l'intégration sociale et professionnelle de personnes handicapées ainsi qu'à l'assistance sociale spéciale.

§ 2. Le Conseil d'administration exerce les fonctions d'un Conseil supérieur de la Communauté germanophone pour l'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale.

§ 3. L'Exécutif demande l'avis du Conseil d'administration en ce qui concerne tout projet de décret ou d'arrêté relatif aux missions de l'Office.

Le Conseil d'administration a l'obligation de donner son avis dans les deux mois de la demande qui lui en est faite, sauf si un autre délai a été convenu.

§ 4. Afin de pouvoir remplir ses missions, le Conseil d'administration peut avoir recours à des experts belges et étrangers.

Art. 10. Le Conseil d'administration élabore son règlement d'ordre intérieur. Il le soumet pour approbation à l'Exécutif.

Art. 11. Le Conseil d'administration peut demander à l'Exécutif que des membres du personnel des services relevant de l'Exécutif de la Communauté germanophone assistent aux réunions du conseil.

Art. 12. L'Exécutif fixe le montant des indemnités allouées au président, aux membres du Conseil d'administration ainsi qu'aux experts.

#### Section 2. — Le personnel

Art. 13. L'Exécutif fixe le statut du directeur de l'Office. L'Exécutif désigne le directeur.

Art. 14. Le directeur exécute les décisions du Conseil d'administration. Il dirige le personnel et assure la gestion journalière de l'Office. Le directeur fournit au Conseil d'administration toutes les informations et lui soumet toutes les propositions utiles au fonctionnement de l'Office.

Il prépare les réunions du Conseil d'administration et y participe avec voix consultative.

En cas d'urgence motivée et dans les limites fixées par le règlement d'ordre intérieur, le directeur exerce les pouvoirs du Conseil d'administration. Il rédige un rapport qu'il remet au Conseil d'administration lors de la réunion suivante. Si les décisions ne sont pas confirmées par le Conseil d'administration, elles cessent immédiatement d'avoir effet.

**Art. 15.** Le Conseil d'administration peut rester en justice tant en demandant qu'en défendant. Le directeur représente l'Office dans les actes judiciaires et extrajudiciaires. Il peut, avec l'accord du Conseil d'administration, déléguer ces pouvoirs à un membre du personnel.

**Art. 16.** Le cadre du personnel de l'Office est fixé par l'Exécutif. A l'exception du directeur, les membres du personnel sont nommés, promus et révoqués par le Conseil d'administration de l'Office.

**Art. 17.** Jusqu'à ce que l'Exécutif fixe un autre statut, l'arrêté royal du 8 janvier 1973 fixant le statut du personnel de certains organismes d'intérêt public et l'arrêté royal du 8 janvier 1973 portant le statut pécuniaire du personnel de certains organismes d'intérêt public sont applicables aux membres du personnel de l'Office, y compris le directeur.

Ils sont également soumis à la loi du 28 avril 1958 relative à la pension des membres du personnel de certains organismes d'intérêt public et de leurs ayants droit.

#### CHAPITRE IV. — Des ayants droit et des recours

##### Section 1re. — Personnes handicapées

**Art. 18. § 1<sup>er</sup>.** Pour pouvoir être inscrite auprès de l'Office, une personne handicapée doit :

1<sup>o</sup> avoir son domicile en région de langue allemande;

2<sup>o</sup> avoir la nationalité belge ou la nationalité d'un état membre de la Communauté européenne ou habiter sans interruption depuis au moins cinq ans en Belgique ou pouvoir faire valoir un séjour de dix ans au total en Belgique;

3<sup>o</sup> ne pas avoir atteint l'âge de 65 ans le jour de la demande.

Ne seront pas inscrites les personnes handicapées qui perçoivent déjà une aide du service correspondant de la Communauté française, de la Communauté flamande ou de la Région Bruxelles-capitale.

§ 2. L'Exécutif détermine la procédure d'inscription sur proposition du Conseil d'administration.

**Art. 19.** L'Exécutif peut, dans les conditions qu'il a fixées, étendre l'application de ce décret à des personnes handicapées qui ne satisfont pas aux conditions de l'article 18, § 1, 2<sup>o</sup>, ainsi qu'aux apatrides et réfugiés reconnus.

**Art. 20. § 1<sup>er</sup>.** L'Exécutif crée, sur proposition du Conseil d'administration, une commission d'évaluation chargée de :

1<sup>o</sup> donner un avis sur les demandes d'inscription des personnes handicapées;

2<sup>o</sup> établir un programme individuel d'aide et d'encadrement nécessaire à l'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées.

La Commission d'évaluation est composée :

1. du directeur de l'Office, qui la préside;

2<sup>o</sup> de deux membres du Conseil d'administration, désignés par l'Exécutif;

3<sup>o</sup> de deux membres spécialisés en matière d'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées, désignés par l'Exécutif sur proposition du Conseil d'administration.

§ 2. Les demandes d'inscription sont adressées à l'Office par pli recommandé à la poste et transmises sans délai à la commission d'évaluation.

§ 3. Pour remplir ses missions, la commission d'évaluation peut demander l'avis d'experts extérieurs et de centres de consultation et d'examen.

§ 4. L'Exécutif fixe le montant des indemnités allouées aux membres de la commission d'évaluation, aux experts ainsi qu'aux centres de consultation et d'examen.

**Art. 21.** Sur proposition du Conseil d'administration l'Exécutif fixe la procédure d'inscription.

Le Conseil d'administration statue, après avis de la commission d'évaluation, sur la demande d'inscription de la personne handicapée, sur l'aide accordée et sur le programme individuel d'intégration sociale et professionnelle de la personne handicapée.

La décision est notifiée au demandeur, sous pli recommandé à la poste, dans les soixante jours de la réception de la demande.

**Art. 22.** L'Office peut revoir sa décision si la situation de la personne handicapée est modifiée.

L'Exécutif détermine la procédure de révision.

##### Section 2. — Assistance sociale spéciale

**Art. 23.** L'Office peut accorder une allocation aux personnes visées à l'article 4, § 2, qui, en raison de l'insuffisance de leurs ressources, ne sont pas en mesure de subvenir à leurs besoins eu égard aux frais résultant des soins et du traitement de leur maladie.

Sur proposition du Conseil d'administration, l'Exécutif fixe les critères d'appréciation de l'état de besoin ainsi que le montant de l'allocation destinée aux personnes visées à l'article 4, § 2.

**Art. 24. § 1<sup>er</sup>.** Les demandes d'assistance sociale spéciale sont introduites par le demandeur ou son mandataire, sous pli recommandé, auprès du Centre public d'Aide sociale compétent. Le Centre public d'Aide sociale compétent est également habilité à introduire la demande. La demande doit être munie d'un certificat médical et de documents probants concernant la situation de besoin du malade, afin que le Centre public d'Aide sociale puisse formuler un avis motivé quant à l'opportunité et au montant de l'intervention financière de l'Office. Cet avis est fondé au besoin sur une enquête sociale.

§ 2. Le dossier constitué par le Centre public d'Aide sociale est notifié à l'Office et examiné par celui-ci. La décision est prise par le Conseil d'administration de l'Office et notifiée au demandeur ainsi qu'au Centre public d'Aide sociale sous pli recommandé.

§ 3. Les frais exposés antérieurement aux trente jours précédant l'introduction de la demande auprès du Centre public d'Aide sociale compétent ne seront pas pris en charge.

§ 4. Toute modification de l'état de santé ou de fortune du bénéficiaire auquel une assistance sociale spéciale a été accordée, nécessite une déclaration complémentaire du demandeur. Cette déclaration est introduite et examinée suivant la procédure prévue pour la demande initiale.

**Art. 25.** Toute intervention dans le cadre de l'assistance sociale spéciale, accordée ou maintenue sur la base d'éléments d'appréciation qui se sont révélés frauduleux, erronés ou incomplets peut donner lieu à une action en recouvrement soit à charge du bénéficiaire soit à charge de ses héritiers ou légataires, sauf si l'appréciation inexacte est imputable à l'administration.

**Art. 26.** Toute intervention dans le cadre de l'assistance sociale spéciale accordée à un bénéficiaire qui délaisse des biens meubles ou immeubles peut donner lieu, contre les héritiers ou légataires, à une action en recouvrement de tout ou partie des frais d'assistance qui ont été pris en charge durant les cinq dernières années précédant le décès, mais jusqu'à concurrence seulement de l'actif de la succession.

En vue du recouvrement de ces créances, l'Office peut constituer une hypothèque légale sur les biens immeubles appartenant en tout ou partie au bénéficiaire ou dépendant de sa succession.

Cette hypothèque ne produira d'effet qu'à dater de son inscription.

Elle peut être constituée en tout temps, du vivant ou après le décès du bénéficiaire, à la requête du directeur de l'Office dans les formes prévues à l'article 83 de la loi sur les hypothèques du 16 décembre 1851.

**Art. 27.** Les actions visées aux articles 25 et 28 sont prescrites après deux ans à dater du jour où l'Office a été informé du décès du bénéficiaire ou a eu connaissance du caractère frauduleux, erroné ou incomplet des éléments d'appréciation qui ont motivé l'octroi ou le maintien de son intervention.

#### Section 3. — Des recours

**Art. 28.** L'Exécutif crée une commission d'appel chargée de statuer sur les recours introduits contre les décisions du Conseil d'administration relatives à l'assistance sociale spéciale, visées à l'article 24.

**Art. 29.** Le demandeur ou son représentant peut introduire un recours devant la commission d'appel par pli recommandé à la poste, dans les trente jours de la notification de la décision du Conseil d'administration.

Le personne qui introduit le recours peut être représentée devant la commission d'appel par une personne de son choix.

La commission d'appel statue dans les soixante jours de la réception du recours.

La décision est notifiée au demandeur ou à son représentant sous pli recommandé à la poste.

#### CHAPITRE V. — Agrément et subside de services et d'établissements pour personnes handicapées

**Art. 30.** Tout établissement ou association en région de langue allemande, dont la mission est d'assurer la prestation d'un service ou d'une aide pour personnes handicapées dans le cadre du présent décret, doit être agréé(e) par l'Office.

**Art. 31.** Sur proposition du Conseil d'administration, l'Exécutif fixe les conditions de l'agrément prévu à l'article 30.

L'Exécutif détermine la procédure d'octroi, de refus, de suspension et de retrait de l'agrément.

L'Exécutif fixe également la durée de l'agrément, qui ne peut être inférieure à un an ni supérieure à dix ans.

**Art. 32.** Sur proposition du Conseil d'administration, l'Exécutif fixe les modalités de subside, par l'Office, des associations et établissements pour personnes handicapées ainsi que le montant de la participation personnelle de la personne handicapée.

Afin de pouvoir obtenir des subsides, l'association ou l'établissement pour personnes handicapées doit avoir obtenu l'agrément de l'Office et doit être constitué(e) en association sans but lucratif ou dépendre d'un pouvoir subordonné.

L'Exécutif définit les obligations que l'Office est en droit d'exiger des associations et établissements subventionnés.

#### CHAPITRE VI. — Financement et inspection

##### Section 1re. — Le financement

**Art. 33.** L'Office dispose des moyens suivants :

- 1° les crédits prévus à cette fin au budget de la Communauté germanophone;
- 2° les subsides des pouvoirs publics, des administrations publiques et des organismes internationaux;
- 3° les dons et legs;
- 4° les produits d'investissements;
- 5° les moyens propres.

##### Section 2. — L'inspection

**Art. 34.** L'Exécutif désigne les fonctionnaires chargés de veiller au respect des dispositions du présent décret et de ses arrêtés d'exécution.

#### CHAPITRE VII. — Dispositions transitoires et finales

**Art. 35.** Les dispositions du décret du 19 février 1990 portant création d'un Fonds de construction des hôpitaux et établissements médico-sociaux de la Communauté germanophone ne sont pas applicables aux établissements agréés dans le cadre du présent décret.

Les promesses fermes de subsides faites aux établissements pour personnes handicapées avant l'entrée en vigueur du présent décret restent valables.

**Art. 36.** Dès que le Roi aura arrêté les dispositions d'exécution pour le transfert du Fonds national de reclassement social des handicapés, l'Office recueillera les biens, le personnel, les droits et les obligations qui reviennent à la Communauté germanophone.

**Art. 37.** L'Exécutif fait l'inventaire des droits et des obligations qui sont assumés par l'Office au moment de l'entrée en vigueur du présent décret.

**Art. 38.** Les crédits inscrits au budget de la Communauté germanophone pour les dépenses prévues à l'article 4 du présent décret sont transférés à l'Office.

**Art. 39.** Les mots « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale) sont insérés dans l'article 2 de la loi du 16 mars 1984 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public à l'endroit correspondant de l'ordre alphabétique.

**Art. 40.** Sont abrogés pour la Communauté germanophone :

- 1° la loi du 27 juin 1956 relative au Fonds spécial d'assistance;
- 2° l'arrêté royal n° 81 du 10 novembre 1967 créant un Fonds de soins médico-socio-pédagogiques pour handicapés.

**Art. 41.** En dérogation à l'article 8, le mandat des premiers membres du Conseil d'administration prend fin le 31 décembre 1995.



Art. 42. Le présent décret entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*, à l'exception des dispositions relatives aux missions prévues par la loi du 16 avril 1963 relative au reclassement social des handicapés, qui entrent en vigueur le jour du transfert des biens, du personnel, des droits et des obligations du Fonds national de reclassement social des handicapés à la Communauté germanophone.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié par le *Moniteur belge*.

Eupen, le 19 juin 1990.

Président de l'Exécutif de la Communauté germanophone,  
J. MARATTE

Ministre communautaire de l'Enseignement, de la Formation,  
de l'Animation culturelle et des Médias,  
B. FAGNOUL

Ministre communautaire de la Jeunesse, du Sport,  
de la Formation des Adultes et des Affaires sociales,  
M. GROSCH

#### VERTALING

#### DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N 90 — 2819

19 JUNI 1990. — Decreet houdende oprichting van een « Dienststelle der Deutschsprachige Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstandsverlening)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Executieve, bekrachtigen hetgeen volgt :

#### HOOFDSTUK I. — Algemene bepalingen

**Artikel 1.** Er wordt een « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstandsverlening) opgericht. Deze dienst geniet rechtspersoonlijkheid en behoort tot de instellingen van de categorie B die in artikel 1 van de wet van 16 maart 1954 over het toezicht op sommige instellingen van openbaar nut zijn aangegeven.

De Executieve bepaalt de zetel van de Dienst binnen het Duitse taalgebied.

**Art. 2.** De bepalingen van dit decreet zijn van toepassing op :

- 1° de personen met een handicap die bij de Dienst zijn ingeschreven;
- 2° aanvragers van de bijzondere sociale bijstandsverlening.

**Art. 3.** Voor de toepassing van dit decreet verstaat men onder :

- 1° handicap : elke beperking van de integratie in de maatschappij en het arbeidsmidden ten gevolge van een aantasting van de geestelijke, lichamelijke of zintuiglijke mogelijkheden;
- 2° bijzondere sociale bijstandsverlening, een uitkering voor behoeftige personen met een zware ziekte;
- 3° Dienst : de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstandsverlening.

#### HOOFDSTUK II. — Oprachten van de Dienst

**Art. 4. § 1.** Wat de personen met een handicap betreft bestaan de opdrachten van de Dienst erin :

- 1° de personen met een handicap die een aanvraag indienen in te schrijven en ervoor te zorgen dat een individueel hulp- en verzorgingsprogramma uitgewerkt wordt dat met de specifieke behoeften van deze personen rekening houdt;
- 2° de voorlichting, oriëntering en begeleiding van de personen met een handicap en hun gezinsleden te bevorderen met het oog op een optimale integratie in het arbeidsmidden alsmede in alle andere sectoren van het gemeenschappelijk leven;
- 3° de personen met een handicap, hun gezin en de personen die ze verzorgen adequate hulp- en aanpassingsmaatregelen aan te bieden en ervoor te zorgen dat de voorgeschreven uitkeringen aan hen verleend worden;
- 4° voor de vroegtijdige hulp voor gehandicapte kleine kinderen en hun gezin te zorgen; voor de opname, de medische, sociale en pedagogische verzorging, de opvoeding, de herberging, de beroepsopleiding, revalidatie, omscholing en tewerkstelling van personen met een handicap te zorgen;
- 5° toelagente verlenen voor de aankoop, de bouw, ombouw en uitbreiding, de uitrusting en het onderhoud van inrichtingen voor personen met een handicap;
- 6° de informatie over de voorkoming, herkenning en diagnose van handicaps alsmede over de uitwerkingen ervan op de levenswijze van de betrokkenen en hun familieleden te bevorderen;
- 7° documentatie en informatie te verspreiden, studies of onderzoeken in te stellen of te laten instellen alsmede de specialisering en voortdurende vorming van de personen te bevorderen die op dit gebied werkzaam zijn;
- 8° alle opdrachten uit te voeren die de Executieve aan de Dienst toevertrouwt in het kader van zijn taken.

**§ 2.** Wat de bijzondere sociale bijstandsverlening betreft bestaan de opdrachten van de Dienst erin, volgende personen te helpen wanneer ze behoeftig zijn :

- 1° psychisch zieken die in een psychiatrische dienst, in een tehuis of ambulantly behandeld worden;
- 2° personen die aan een ziekte lijden, die door een tuberkel- of kankeraandoening veroorzaakt is.

Op de voordracht van de Raad van Bestuur kan de Executieve de toepassing van lid 1 tot personen met andere zware ziekten uitbreiden.

**Art. 5.** Bij het volbrengen van zijn opdracht eerbiedigt de Dienst de ideologische, filosofische of godsdienstige overtuigingen alsmede de keuzevrijheid van de personen en verenigingen waartoe hij zich richt.

HOOFDSTUK III. — *Bestuur en personeel**Afdeling 1. — De Raad van Bestuur*

**Art. 6.** De Raad van Bestuur van de Dienst bestaat uit :

- 1° één voorzitter;
- 2° drie vertegenwoordigers van verenigingen die de personen met en handicap vertegenwoordigen en waarvan de activiteiten zich uitbreiden over het hele Duitse taalgebied;
- 3° één vertegenwoordiger van de federaties van ouders van personen met een handicap waarvan de activiteiten zich uitbreiden over het hele Duitse taalgebied;
- 4° drie vertegenwoordigers van de door de Dienst erkende beschutte werkplaatsen alsmede één vertegenwoordiger van de door de Dienst erkende verenigingen die zich bezighouden met de integratie van de personen met een handicap in het arbeidsmidden buiten de beschutte werkplaatsen;
- 5° vier vertegenwoordigers van de door de Dienst erkende dagcentra voor personen met een handicap, twee uit het noorden en twee uit het zuiden van het Duitse taalgebied;
- 6° twee vertegenwoordigers van de door de Dienst erkende verenigingen die voor een herberging van personen met een handicap zorgen, één uit het noorden en één uit het zuiden van het Duitse taalgebied;
- 7° één vertegenwoordiger van de dienst die in de Duitstalige Gemeenschap voor de vroegtijdige hulp aan gehandicapte kleine kinderen en hun gezin zorgt;
- 8° een verantwoordelijk specialist van de psychiatrische diensten van de Duitstalige Gemeenschap;
- 9° één vertegenwoordiger van de erkende psycho-medisch-sociale centra van de Duitstalige Gemeenschap;
- 10° respectievelijk één vertegenwoordiger van de Universiteit van de Franse Gemeenschap te Luik en één vertegenwoordiger van de « Katholieke Universiteit » te Leuven;
- 11° één vertegenwoordiger per representatieve werknemersorganisatie;
- 12° twee vertegenwoordigers van de werkgeversorganisaties.

**Art. 7.** De Executieve benoemt de Voorzitter en de leden van de Raad van Bestuur. Te dien einde stelt iedere vereniging, inrichting of dienst of iedere groepering van verenigingen, inrichtingen of diensten in artikel 6 twee kandidaten voor.

De voorzitter :

- 1° moet Belg zijn;
- 2° moet zijn woonplaats in het Duitse taalgebied hebben en over een grondige kennis van de Duitse taal beschikken.

**Art. 8.** De voorzitter en de leden van de Raad van Bestuur worden benoemd voor een periode van vijf jaar. Hun mandaat is hernieuwbaar. Elk lid van de Raad van Bestuur dat vóór de beëindiging van zijn mandaat aftreedt wordt binnen drie maanden vervangen. Het nieuwe lid wordt voorgesteld door de vereniging of dienst die zijn voorganger had voorgesteld en het voltooit het mandaat van zijn voorganger.

**Art. 9. § 1.** Op eigen initiatief of op aanvraag van de Executieve of van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap of van een ondergeschikte overheid brengt de Raad van Bestuur adviezen of aanbevelingen uit over alle aangelegenheden betreffende de integratie van personen met een handicap in de maatschappij en het arbeidsmidden en betreffende de bijzondere sociale bijstandsverlening.

§ 2. De Raad van Bestuur oefent de bevoegdheden uit van een Hoge Raad van de Duitstalige Gemeenschap voor de integratie van personen met een handicap in de maatschappij en het arbeidsmidden en voor de bijzondere sociale bijstandsverlening.

§ 3. De Executieve vraagt het advies van de Raad van Bestuur over elk ontwerp van decreet of besluit betreffende de opdrachten van de Dienst.

De Raad van Bestuur is verplicht zijn advies binnen twee maanden na de aanvraag uit te brengen, tenzij een andere termijn is bepaald.

§ 4. Om zijn opdrachten te kunnen uitvoeren kan de Dienst een beroep doen op experts uit het binnen- en buitenland.

**Art. 10.** De Raad van Bestuur stelt zijn huishoudelijk reglement op. Hij legt het ter goedkeuring aan de Executieve voor.

**Art. 11.** De Raad van Bestuur kan bij de Executieve vragen dat leden van de diensten van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap de zittingen bijwonen.

**Art. 12.** De Executieve legt het bedrag van de vergoedingen vast die aan de voorzitter, aan de leden van de Raad van Bestuur en aan de experts verleend worden.

*Afdeling 2. — Het personeel*

**Art. 13.** De Executieve legt het statuut van de directeur van de Dienst vast. De Executieve benoemt de directeur van de Dienst.

**Art. 14.** De directeur voert de beslissingen uit van de Raad van Bestuur. Hij leidt het personeel en zorgt voor het dagelijks beheer van de Dienst. De directeur verstrekt de Raad van Bestuur alle inlichtingen en legt hem alle voorstellen voor die voor de werking van de Dienst nuttig zijn.

Hij bereidt de vergaderingen van de Raad van Bestuur voor en neemt er met raadgevende stem aan deel.

In geval van met redenen omklede dringende noodzakelijkheid en binnen de perken bepaald in het huishoudelijk reglement oefent de directeur de bevoegdheden van de Raad van Bestuur uit. Hij brengt er verslag uit aan de Raad van Bestuur ter gelegenheid van de eerstvolgende zitting. Indien de beslissingen door de Raad van Bestuur niet worden bekrachtigd, worden ze onmiddellijk ongeldig.

**Art. 15.** De Raad van Bestuur kan ofwel als klager ofwel als verweerder voor het gerecht optreden. De directeur vertegenwoordigt de Dienst in gerechtelijke en buitengerechtelijke aangelegenheden. Met de toestemming van de Raad van Bestuur kan hij deze bevoegdheden aan een personeelslid overdragen.

**Art. 16.** De personeelsformatie van de Dienst wordt door de Executieve vastgelegd. Met uitzondering van de directeur wordt het personeel door de Raad van Bestuur van de Dienst benoemd, bevorderd en ontslagen.

**Art. 17.** Het koninklijk besluit van 8 januari 1973 tot vaststelling van het statuut van het personeel van sommige inrichtingen van openbaar nut en het koninklijk besluit van 8 januari 1973 houdende bezoldigingsregeling van het personeel van sommige inrichtingen van openbaar nut zijn van toepassing, voor het personeel van de Dienst met inbegrip van de directeur, totdat de Executieve een ander statuut vastlegt.

Het personeel is ook onderworpen aan de wet van 28 april 1958 betreffende het pensioen van het personeel van zekere organismen van openbaar nut alsmede van hun rechthebbenden.

HOOFDSTUK IV.— *De gerechtigden en het beroep**Afdeling 1. — Personen met een handicap*

**Art. 18. § 1.** Om bij de Dienst te kunnen worden ingeschreven, moeten de personen met een handicap :

- 1° hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben;
- 2° de Belgische nationaliteit of de nationaliteit van één der lidstaten van de Europese Gemeenschap bezitten of sinds ten minste vijf jaar zonder onderbreking in België verblijven of een totaal verblijf van tien jaar in België kunnen doen gelden;
- 3° bij het indienen van de aanvraag jonger zijn dan 65 jaar.

Worden niet ingeschreven, de personen met een handicap die reeds een hulp verkrijgen van de overeenkomstige dienst van de Franse Gemeenschap, de Vlaamse Gemeenschap of het Gewest Brussel-Hoofdstad.

§ 2. Op voordracht van de Raad van Bestuur bepaalt de Executieve de inschrijvingsprocedure.

**Art. 19.** Onder de voorwaarden die zijzelf bepaalt kan de Executieve de uitvoering van dit decreet uitbreiden tot de personen met een handicap die aan de voorwaarden gesteld in artikel 18, § 1, 2°, niet voldoen alsmede tot staatlozen en erkende vluchtelingen.

**Art. 20. § 1.** Op de voordracht van de Raad van Bestuur richt de Executieve een evaluatiecommissie op die als opdracht heeft :

- 1° een advies te geven over alle aanvragen tot inschrijving van personen met een handicap;
- 2° een individueel hulp- en verzorgingsprogramma uit te werken met de maatregelen die noodzakelijk zijn voor de integratie van personen met een handicap in de maatschappij en het arbeidsmidden.

De evaluatiecommissie bestaat uit :

- 1° de directeur van de Dienst die het voorzitterschap waarneemt;
- 2° twee leden van de Raad van Bestuur die door de Executieve worden bepaald;
- 3° twee specialisten op het gebied van de integratie van personen met een handicap in de maatschappij en het arbeidsmidden die op voordracht van de Raad van Bestuur door de Executieve aangewezen worden.

§ 2. De aanvragen tot inschrijving worden per aangetekende brief bij de Dienst ingediend en onmiddellijk aan de evaluatiecommissie overgebracht.

§ 3. Om haar opdracht uit te voeren kan de evaluatiecommissie adviezen van deskundige buitenstaanders en van consultatie- en onderzoekscentra aanvragen.

§ 4. De Executieve stelt het bedrag van de vergoedingen vast die aan de leden van de evaluatiecommissie, aan de deskundigen alsmede aan de consultatie- en onderzoekscentra worden toegekend.

**Art. 21.** De beslissing over de aanvraag tot inschrijving, over de verleende hulp alsmede over het individueel hulp- en verzorgingsprogramma uitgewerkt voor de integratie van personen met een handicap in de maatschappij en het arbeidsmidden wordt door de Raad van Bestuur genomen op basis van het advies van de evaluatiecommissie.

De beslissing wordt binnen de zestig dagen na ontvangst van de aanvraag per aangetekende brief aan de aanvrager betekend.

**Art. 22.** De Dienst kan zijn beslissing herzien, indien een wijziging zich heeft voorgedaan in de toestand van de personen met een handicap.

De Executieve bepaalt de herzieningsprocedure.

*Afdeling 2. — Bijzondere sociale bijstandsverlening*

**Art. 23.** De Dienst kan een uitkering verlenen aan de personen bedoeld in artikel 4, § 2 die, als gevolg van hun gebrekkige inkomsten, in hun onderhoud niet kunnen voorzien wegens de kosten voortvloeiend uit de verzorging en de behandeling van hun ziekte.

Op de voordracht van de Raad van Bestuur bepaalt de Executieve de criteria voor de beoordeling van de noodtoestand en legt het bedrag van de uitkering vast voor de personen bedoeld in artikel 4, § 2.

**Art. 24. § 1.** De aanvragen tot bijzondere sociale bijstandsverlening worden door de aanvrager of zijn gevolmachtigde (per aangetekende brief) bij het bevoegde Openbaar Centrum voor Maatschappelijk Welzijn ingediend. Het bevoegde O.C.M.W. is er ook toe gemachtigd de aanvraag in te dienen. Bij de aanvraag moeten een doktersattest en bewijsstukken over de behoefte van de zieke toegevoegd worden opdat het O.C.M.W. een met redenen omkleed advies over de opportuniteit en het bedrag van de financiële tegemoetkoming van de Dienst kan uitgeven. Dit advies kan zo nodig op een sociaal onderzoek steunen.

§ 2. Het door het O.C.M.W. aangestelde dossier wordt aan de Dienst betekend en door hem onderzocht. De beslissing wordt opgenomen door de Raad van Bestuur van de Dienst en per aangetekende brief aan de aanvrager en aan het O.C.M.W. betekend.

§ 3. De kosten die meer dan 30 dagen vóór het indienen van de aanvraag bij het bevoegde O.C.M.W. werden voorgeschoten worden niet overgenomen.

§ 4. Elke verandering in de gezondheidstoestand of in de financiële positie van de gerechtigde aan wie een bijzonder sociale bijstandsverlening werd toegestaan vereist een aanvullende verklaring van de aanvrager. Deze verklaring wordt volgens dezelfde procedure ingediend en onderzocht als degene bedoeld voor de oorspronkelijke aanvraag.

**Art. 25.** Elke tussenkomst in het kader van de bijzondere sociale bijstandsverlening die verleend of gehandhaafd werd op grond van beoordelingsfactoren die bedrieglijk, verkeerd of onvolledig zijn gebleken kan aanleiding geven tot een rechtsvordering tot verhaal van de sommen hetzij ten laste van de gerechtigde hetzij ten laste van zijn erfgenamen of legatarissen, behalve wanneer de onjuiste beoordeling te wijten is aan een fout door het bestuur.

**Art. 26.** Elke tussenkomst in het kader van een bijzondere sociale bijstandsverlening ten gunste van een gerechtigde, die van roerende of onroerende goederen afstand doet, kan tegen de erfgenamen of legatarissen aanleiding geven tot een rechtsvordering tot verhaal van het geheel of van een gedeelte van de ondersteuningskosten die werden overgenomen tijdens de laatste vijf jaren vóór het overlijden van de betrokkene. Hierbij mogen de kosten slechts ten belope van de activa van de nalatenschap worden ingevorderd.

Voor deze invorderingen mag de Dienst een wettelijk hypotheek vestigen op de onroerende goederen die geheel of gedeeltelijk aan de gerechtigde toebehoren of van zijn erfenis afhangen.

Deze hypotheek treedt pas na de datum van haar inschrijving in werking.

Zij mag te allen tijde, bij het leven of na de dood van de gerechtigde, op verzoek van de directeur van de Dienst gevestigd worden overeenkomstig de vorm waarin artikel 83 van de hypotheekwet van 16 december 1851 voorziet.

**Art. 27.** De rechtsvorderingen bedoeld in de artikelen 25 en 26 verjaren na verloop van twee jaar gerekend vanaf de dag waarop de Dienst over het overlijden van de gerechtigde op de hoogte werd gebracht of ter kennis heeft genomen dat de beoordelingsfactoren die aan het verlenen of handhaven van zijn tussenkomst ten grondslag lagen bedrieglijk, verkeerd of onvolledig waren.

#### *Afdeling 3. — Beroep*

**Art. 28.** De Executieve richt een commissie van beroep op die tot opdracht heeft over het beroep uitspraak te doen dat ingesteld wordt tegen de in artikel 24 bedoelde beslissingen van de Raad van Bestuur inzake de bijzondere sociale bijstandsverlening.

**Art. 29.** Binnen dertig dagen nadat de beslissing van de Raad van Bestuur is betekend mag de aanvrager of zijn vertegenwoordiger per aangetekende brief verzet aantekenen bij de commissie van beroep.

Hij die verzet aantekent mag zich vóór de commissie van beroep door een persoon van zijn keuze laten vertegenwoordigen.

De commissie van beroep neemt een beslissing binnen zestig dagen na ontvangst van de beroepsbrief.

De beslissing wordt per aangetekende brief aan de aanvrager of aan zijn vertegenwoordiger medegedeeld.

### **HOOFDSTUK V. — Erkennen en subsidiëring van inrichtingen voor personen met een handicap**

**Art. 30.** Elke inrichting of vereniging in het Duitse taalgebied waarvan de opdracht erin bestaat een regelmatige dienst- of hulpverlening voor personen met een handicap in het kader van dit decreet aan te bieden moet door de Dienst erkend zijn.

**Art. 31.** Op voordracht van de Raad van Bestuur legt de Executieve de voorwaarden vast voor de erkenning bedoeld in artikel 30.

De Executieve bepaalt de procedure voor de toekenning, weigering, schorsing of intrekking van de erkenning.

De Executieve bepaalt ook de duur van de erkenning die voor ten minste één jaar en hoogstens tien jaar wordt toegekend.

**Art. 32.** Op voordracht van de Raad van Bestuur legt de Executieve de nadere regelen vast voor de subsidiëring door de Dienst van verenigingen of inrichtingen voor personen met een handicap en ze bepaalt het bedrag van de eigen bijdrage ten laste van de persoon met een handicap.

Om gesubsidieerd te kunnen worden moet de vereniging of inrichting voor personen met een handicap door de Dienst erkend en als vereniging zonder winstoogmerk opgericht zijn of ze moet van een ondergeschikte overheid afhangen.

De Executieve legt de verplichtingen vast die de Dienst mag opeisen van de gesubsidieerde verenigingen of inrichtingen.

### **HOOFDSTUK VI. — Financiering en toezicht**

#### *Afdeling 1. — Financiering*

**Art. 33.** De Dienst beschikt over de volgende middelen :

1° de overeenkomstige kredieten ingeschreven in de begroting van de Duitstalige Gemeenschap;

2° de toelagen van de overheid, van openbare besturen en internationale instellingen;

3° schenkingen en legaten;

4° de opbrengst van beleggingen;

5° eigen middelen.

#### *Afdeling 2. — Toezicht*

**Art. 34.** De Executieve wijst de personen aan die belast worden met het toezicht op de naleving van de bepalingen van dit decreet en zijn uitvoeringsbepalingen.

### **HOOFDSTUK VII. — Overgangs- en slotbepalingen**

**Art. 35.** De bepalingen van het decreet van 19 februari 1990 houdende oprichting van een Fonds voor de bouw van ziekenhuizen en medisch-sociale instellingen van de Duitstalige Gemeenschap zijn niet van toepassing op de in het kader van dit decreet erkende inrichtingen.

De vaste subsidietoezeggingen die ten gunste van instellingen voor personen met een handicap vóór de inwerkingtreding van dit decreet werden gedaan blijven geldig.

**Art. 36.** Zodra de Koning de uitvoeringsbepalingen voor de overdracht van het Rijksfonds voor de sociale reclassering van de minder-validen heeft uitgevaardigd, worden de goederen en het personeel evenals de rechten en verplichtingen, die de Duitstalige Gemeenschap toekomen, door de Dienst overgenomen.

**Art. 37.** Wanneer dit decreet in werking treedt stelt de Executieve een lijst op met de rechten en verplichtingen die de Dienst overneemt.

**Art. 38.** De middelen ingeschreven in de begroting van de Duitstalige Gemeenschap voor de uitgaven bepaald in artikel 4 van dit decreet worden aan de Dienst overgedragen.

**Art. 39.** In artikel 2 van de wet van 16 maart 1954 over het toezicht op sommige instellingen van openbaar nut worden op de plaats overeenkomstig de alfabetische volgorde de woorden « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstandsverlening) ingevoegd.

**Art. 40.** Worden opgeheven voor de Duitstalige Gemeenschap :

1° de wet van 27 juni 1956 betreffende het Speciaal Onderstandsfonds ;

2° het koninklijk besluit nr. 81 van 10 november 1987 tot instelling van een Fonds voor medische, sociale en pedagogische zorg voor gehandicapten.

**Art. 41.** In afwijking van artikel 8 van dit decreet eindigt het mandaat van de leden van de eerste Raad van Bestuur op 31 december 1995.

**Art. 42.** Dit decreet treedt in werking op de dag van zijn bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad* met uitzondering van de bepalingen betreffende de opdrachten bedoeld in de wet van 16 april 1963 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen; deze bepalingen treden in werking op de dag waar de goederen, het personeel, de rechten en verplichtingen van het Rijksfonds voor de sociale reclassering van de minder-validen aan de Duitstalige Gemeenschap worden overgedragen.

Kondigen dit decreet af, bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 19 juni 1990.

Voorzitter van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

J. MARAITE

Gemeenschapsminister van Onderwijs, Vorming, Culturele Animatie en Media,

B. FAGNOUL

Gemeenschapsminister van Jeugd, Sport, Volwassenenvorming en Sociale Aangelegenheden,

M. GROSCH

## REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALSE GEWEST

### MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F 90 — 2820

**5 JUILLET 1990.** — Arrêté de l'Exécutif régional wallon relatif au financement, au budget, au personnel et au contrôle du Comité subrégional de l'Emploi et de la Formation à Saint-Vith

L'Exécutif régional wallon,

Vu le décret du Conseil régional wallon du 16 décembre 1988 portant création de l'Office régional de l'emploi, notamment l'article 33, 5°;

Vu l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 1<sup>er</sup> mars 1990 fixant le nombre et le ressort territorial des services subrégionaux de l'emploi, notamment l'article 1<sup>er</sup>;

Vu l'accord du 25 avril 1990 relatif à la création d'un comité subrégional de l'emploi et de la formation par la Région wallonne sur le territoire de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 31 mai 1990 portant création d'un Comité subrégional de l'emploi et de la formation dans le ressort territorial du service subrégional de Saint-Vith;

Vu l'avis conforme de l'Exécutif de la Communauté germanophone;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances;

Vu l'urgence;

Considérant qu'il est impératif d'installer le Comité subrégional de l'emploi et de la formation de Saint-Vith en même temps que les Comités subrégionaux de l'emploi et de la formation créés conjointement avec la Communauté française en vertu de l'accord de coopération passé le 24 novembre 1989;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi, chargé de la rénovation rurale, de la conservation de la nature et des zones industrielles,

Arrête :

#### CHAPITRE I<sup>er</sup>. — Des subventions de fonctionnement et du budget

**Article 1<sup>er</sup>.** Les frais de fonctionnement du Comité subrégional de l'emploi et de la formation de Saint-Vith, ci-après dénommé le Comité subrégional, sont pris en charge par la Région wallonne à concurrence de la moitié.

Les subventions de fonctionnement sont mises à la disposition du comité subrégional en quatre tranches trimestrielles d'un montant égal à payer au plus tard le vingtième jour de chaque trimestre.

**Art. 2.** Pour chaque année civile, au plus tard pour le 1<sup>er</sup> octobre qui précède l'exercice, le Comité subrégional établit son budget.

**Art. 3.** Le projet de budget est soumis à l'avis du Conseil économique et social de la Région wallonne. Cet avis est rendu pour le 1<sup>er</sup> novembre au plus tard.

**Art. 4.** Le défaut d'approbation du budget par l'Exécutif de la Région wallonne ou le défaut d'avis de l'Exécutif de la Communauté germanophone visé à l'article 14 de l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 31 mai 1990 portant création d'un Comité subrégional de l'emploi et de la formation dans le ressort territorial de la Communauté germanophone, pour le 1<sup>er</sup> janvier de l'exercice, ne fait pas obstacle à l'utilisation des subventions prévues au projet de budget, pour autant qu'il s'agisse de dépenses déjà autorisées par le budget de l'année précédente.

Ces subventions ne pourront dépasser le montant du dernier budget approuvé et ce proportionnellement à la période à laquelle ces crédits se rapportent.

#### CHAPITRE II. — Des subventions spécifiques

**Art. 5.** La Région wallonne et la Communauté germanophone peuvent accorder au Comité subrégional des subventions spécifiques pour des actions déterminées.

Le Comité subrégional peut recevoir des subventions provenant d'autres pouvoirs publics.

**Art. 6.** Le Comité subrégional peut également recevoir des subventions relevant de l'initiative privée.